



Ich-AG und Überbrückungsgeld – Neue Ergebnisse bestätigen Erfolg

Marco Caliendo
mcaliendo@diw.de

Viktor Steiner
vsteiner@diw.de

Die Existenzgründungsförderung für Arbeitslose ist in den letzten Jahren zu einem der quantitativ bedeutendsten Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Deutschland geworden. So wurden in den letzten vier Jahren mehr als eine Million Personen durch Existenzgründungszuschüsse (Ich-AG) oder Überbrückungsgeld gefördert. Erste Evaluationsergebnisse aus dem Jahr 2005 haben gezeigt, dass beide Programme hinsichtlich der Vermeidung einer Rückkehr in Arbeitslosigkeit als erfolgreich angesehen werden können. Dies wird durch neuere Analysen des DIW Berlin nun auch für einen längeren Evaluationszeitraum bestätigt. Die Teilnehmer beider Programme haben im Vergleich zu einer Kontrollgruppe von nicht geförderten Arbeitslosen 28 Monate nach Beginn der Maßnahmen eine deutlich geringere Wahrscheinlichkeit arbeitslos gemeldet zu sein. Die Geförderten sind auch mit einer deutlich höheren Wahrscheinlichkeit in Selbständigkeit oder regulärer abhängiger Beschäftigung zu finden und verfügen über ein höheres Erwerbseinkommen als die Kontrollgruppe. Aus Sicht der Bundesagentur für Arbeit ist das Überbrückungsgeld auch ein monetär effizientes Instrument. Die zum 1.8.2006 erfolgte Reform der Existenzgründungsförderung wird vor dem Hintergrund dieser Evaluationsergebnisse kritisch bewertet.

Im Rahmen der Evaluation der Maßnahmen zur Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission hat das DIW Berlin mikroökonomische Analysen zur Wirksamkeit der Instrumente zur Existenzförderung durchgeführt.¹

Vom Überbrückungsgeld zum Existenzgründungszuschuss zum Gründungszuschuss

Gründungswilligen Arbeitslosen in Deutschland standen bis zum 1.8.2006 zwei Förderinstrumente zur Verfügung: das Überbrückungsgeld (ÜG) und der Existenzgründungszuschuss (ExGZ).² Das ÜG wurde bereits Mitte der 1980er Jahre, der ExGZ zum 1.1.2003 mit dem „Zweiten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Hartz II) eingeführt. Die Eintritte in die ÜG-Förderung haben sich von 1994 bis 2004 nahezu verfünffacht und 2004 mit knapp 185 Tsd. Förderfällen ihren Höchststand erreicht (Abbildung). In jenem Jahr wurden durch den ExGZ gut 175 Tsd. ehemals arbeitslose Personen gefördert, davon entfielen

¹ Vgl. Caliendo, M., Steiner, V., Baumgartner, H. J.: Kapitel IV – Mikroökonomische Analysen. In: Wießner, F. et al.: Evaluation der Maßnahmen zur Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission, Arbeitspaket 1: Wirksamkeit der Instrumente, Modul 1e: Existenzgründungen. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Berlin 2007, 199–255.

² Hinzu kommen eine Reihe regionalspezifischer Fördermaßnahmen, auf die hier nicht weiter eingegangen werden soll. Zur Einordnung der Existenzgründungsförderung in die aktive Arbeitsmarktpolitik in Deutschland vgl. Caliendo, M., Steiner, V.: Aktive Arbeitsmarktpolitik in Deutschland: Bestandsaufnahme und Bewertung der mikroökonomischen Evaluationsergebnisse. Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung, Jg. 38, Heft 2/3, 2005, 396–418.

Nr. 3/2007

74. Jahrgang/17. Januar 2007

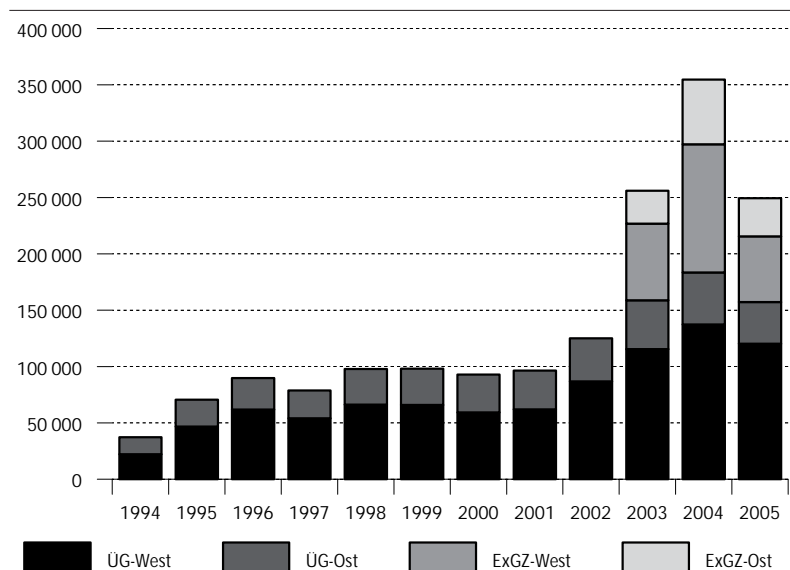
Inhalt

Ich-AG und Überbrückungsgeld –
Neue Ergebnisse bestätigen Erfolg
Seite **25**

Zahlenbeilage

Abbildung

Eintritte in Existenzgründungszuschuss und Überbrückungsgeld



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

DIW Berlin 2006

circa ein Drittel auf die neuen Bundesländer. Dies lässt darauf schließen, dass es durch die Einführung des ExGZ zu keiner Verdrängung der Eintritte in die ÜG-Förderung gekommen ist. Eine restriktivere Vergabepraxis seitens der Arbeitsagenturen hat 2005 zu einem Rückgang der geförderten Existenzgründungen geführt, wobei hiervon insbesondere der ExGZ betroffen war.³

Beim ÜG erhielten anspruchsberechtigte Personen (Bezieher von Lohnersatzleistungen sowie Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen) über eine Regelförderdauer von sechs Monaten einen Förderbetrag in Höhe der zuvor bezogenen Arbeitslosenunterstützung zuzüglich eines pauschalierten Sozialversicherungsbeitrags. Für ihre soziale Absicherung waren die neuen Selbstständigen selbst verantwortlich. Der ExGZ, auf den der gleiche Personenkreis Anspruch hatte,⁴ wurde in abnehmender Höhe für maximal drei Jahre gewährt, solange das zu erwartende Jahreseinkommen 25 000 Euro nicht überschritt. Er war steuerfrei und betrug im ersten Jahr monatlich 600 Euro, im zweiten 360 Euro und im dritten Jahr 240 Euro. Während der Förderung war die Mitgliedschaft in der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung verpflichtend vorgeschrieben. Ob der ExGZ oder das ÜG für den Arbeitslosen günstiger war, hing von der Höhe der Arbeitslosenunterstützung, der steuerlichen Belastung des Haushalts, der erwarteten Arbeitslosigkeitsdauer sowie des erwarteten Einkommens aus Selbständigkeit ab.⁵

Zum 1.8.2006 wurden beide Programme durch den Gründungszuschuss (GZ) ersetzt.⁶ Der GZ wird in zwei Phasen geleistet: zunächst für neun Monate mit einem monatlichen Zuschuss in Höhe des zuletzt bezogenen Arbeitslosengeldes I (ALG-I) zuzüglich 300 Euro zur sozialen Absicherung. Anschließend können für weitere sechs Monate 300 Euro pro Monat zur sozialen Absicherung geleistet werden, wenn eine intensive Geschäftstätigkeit und hauptberufliche unternehmerische Aktivität nachgewiesen werden. Fördervoraussetzung sind eine Arbeitslosigkeitsmeldung, ein Restanspruch auf ALG-I von mindestens 90 Tagen, die Vorlage einer Tragfähigkeitsbescheinigung sowie „Kenntnisse und Fähigkeiten zur Ausübung der selbstständigen Tätigkeit“.⁷ Gefördert werden darüber hinaus nur Gründungen, die im Haupterwerb erfolgen. Bezüglich der sozialen Absicherung besteht keine Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung, die weitere freiwillige Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung ist möglich.

Neue Evaluationsergebnisse zu Überbrückungsgeld und Existenzgründungszuschuss

Als Grundlage für die folgenden Analysen wurden administrative Daten der Bundesagentur für Arbeit zu Eintritten in ÜG und Ich-AG aus dem dritten Quartal 2003 verwendet.⁸ Die repräsentative Stichprobe umfasst etwa 3 000 Teilnehmer je Maßnahme, die zwischen Januar und Februar 2005 in einem telefonischen Interview befragt wurden, so dass deren Erwerbsbiographie für einen Zeitraum von mindestens 16 Monaten nach Beginn der Förderung erfasst wurde. Um die Nachhaltigkeit der Programme zu untersuchen wurde ein Teil dieser Personen (etwa 70 %) im Januar und Februar 2006 nochmals befragt, also mindestens 28 Monate nach Beginn der Förderung. Während zu diesem Zeitpunkt die Förderung für die Überbrückungsgeldempfänger schon lange ausgelaufen war (mindestens 22 Monate), dauerte sie für die Empfänger des Existenzgründungs-

³ Für eine ausführlichere Darstellung der zeitlichen Entwicklung von ÜG und ExGZ vgl. Baumgartner, H. J., Caliendo, M., Steiner, V.: Existenzgründungsförderung für Arbeitslose – Erste Evaluationsergebnisse für Deutschland. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, DIW Berlin, Heft 3/2006, 32–48.

⁴ Allerdings wurde hier der Bezug von Arbeitslosengeld bzw. -hilfe vorausgesetzt.

⁵ Für weitere Details siehe Koch, S., Wießner, F.: Ich-AG oder Überbrückungsgeld? Wer die Wahl hat, hat die Qual. IAB-Kurzbericht, Nr. 2/2003, Nürnberg.

⁶ Bestandsfälle werden bis zum Ablauf ihrer jeweiligen Förderdauer weiter gefördert.

⁷ Bei begründeten Zweifeln an diesen Kenntnissen oder Fähigkeiten kann die Agentur für Arbeit die Teilnahme an Maßnahmen zur Eignungsfeststellung oder zur Vorbereitung von Existenzgründungen verlangen.

⁸ Die Datengrundlage für diese Analyse wurde bereits früher beschrieben, vgl. Caliendo, M., Steiner, V., Baumgartner, H. J.: Existenzgründungsförderung für Arbeitslose – Neue Ergebnisse für Deutschland. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 7/2006.

Tabelle 1

Erwerbsstatus der Geförderten zu den beiden Befragungszeitpunkten¹

	Existenzgründungszuschuss				Überbrückungsgeld			
	West		Ost		West		Ost	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
1. Befragungszeitpunkt nach 16 Monaten								
Selbständig	74,7	78,6	80,6	78,9	71,4	66,1	74,2	68,4
Arbeitslos oder arbeitssuchend gemeldet	14,6	8,2	13,8	11,0	13,8	14,1	15,3	15,7
Sozialversicherungspflichtig beschäftigt	7,2	5,4	3,1	4,1	11,6	13,7	8,1	7,8
Sonstiges	3,3	7,6	2,3	5,8	3,1	6,0	2,3	7,8
2. Befragungszeitpunkt nach 28 Monaten								
Selbständig	70,4	74,6	80,8	74,1	73,0	68,3	71,4	66,0
Arbeitslos oder arbeitssuchend gemeldet	13,3	7,2	11,0	8,2	9,6	9,9	14,0	10,6
Sozialversicherungspflichtig beschäftigt	10,2	7,8	5,1	7,8	13,6	15,7	11,5	11,9
Sonstiges	5,8	10,3	2,9	9,6	3,7	6,0	3,0	11,3

¹ Die Befragungen fanden im Januar/Februar 2005 und Januar/Februar 2006 statt.

Quelle: Caliendo et al., a. a. O., 214.

DIW Berlin 2007

zuschusses noch an. Diese befanden sich im dritten Jahr der Förderung und erhielten einen reduzierten Zuschuss in Höhe von 240 Euro monatlich.

Bereits in einer früheren Untersuchung⁹ hat sich gezeigt, dass beide Programme sehr unterschiedliche Personengruppen ansprechen: So sind zum Beispiel durch ÜG geförderte Existenzgründer im Durchschnitt höher qualifiziert als durch den ExGZ geförderte. Letzterer wird deutlich häufiger von Frauen in Anspruch genommen. Darüber hinaus unterscheiden sich die Teilnehmer der beiden Programme in einer Reihe weiterer Strukturmerkmale, wie der Branche in der die Gründung stattfand, der Höhe des Startkapitals, der vorherigen Berufserfahrung und der Motive der Gründung. Die nachfolgend präsentierten Evaluationsergebnisse beschränken sich auf die Nachhaltigkeit der Gründungen, die Maßnahmeneffekte sowie Aspekte der monetären Effizienz der beiden Programme.

Nachhaltigkeit geförderter Existenzgründungen

Bei der Erstbefragung 16 Monate nach Förderbeginn waren beim ÜG noch immer zwei Drittel (Frauen in Westdeutschland) bis drei Viertel (Männer in Ostdeutschland) der Existenzgründer/-innen selbständig (Tabelle 1). Noch höher waren zu diesem Zeitpunkt die Verbleibsquoten in der Selbständigkeit beim ExGZ;¹⁰ diese variierten zwischen knapp 75 % bei den Männern in Westdeutschland und gut 80 % in Ostdeutschland. Insgesamt waren die Verbleibsquoten nach 16 Monaten bei beiden Programmen in den neuen Bundesländern sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern etwas höher als in Westdeutschland.

Im Vergleich zur Erstbefragung sind bei der Zweitbefragung die Verbleibsquoten in Selbständigkeit beim ExGZ um vier bis fünf Prozentpunkte gesun-

ken, betragen aber auch nach 28 Monaten für alle betrachteten Gruppen noch immer über 70 %. Für durch ExGZ geförderte Männer im Osten ergibt sich aufgrund erneuter Existenzgründungen sogar eine – im Vergleich zur Erstbefragung – leicht höhere Verbleibsquote in Selbständigkeit.¹¹ Eine ähnliche Entwicklung ist in Westdeutschland auch für durch ÜG geförderte Existenzgründer/-innen zu beobachten. Diese weisen gegenüber dem ersten Befragungszeitpunkt ebenfalls eine leicht höhere Verbleibsquote in Selbständigkeit auf, während es in Ostdeutschland zu einem Rückgang von etwa drei Prozentpunkten kam. Nicht jede Beendigung der Selbständigkeit ist als Misserfolg zu werten, da einige der Teilnehmer auch eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufgenommen haben.

Der Anteil Arbeitsloser sank zwischen den beiden Befragungszeitpunkten in allen betrachteten Gruppen mehr oder weniger deutlich, zugleich nahm der Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter zu. Besonders stark ausgeprägt ist der Rückgang der Arbeitslosigkeit bei durch ÜG geförderten ehemaligen Existenzgründer/-innen in Westdeutschland und bei den Frauen in den neuen Bundesländern. Bei den durch ÜG geförderten Existenzgründer/-innen ergibt sich auch beim Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der relativ stärkste Anstieg.

Als ein weiterer Indikator für die Nachhaltigkeit der Existenzgründung kann auch die Anzahl der Mitarbeiter angesehen werden, die von geförder-

⁹ Vgl. Caliendo, M., Steiner, V., Baumgartner, H. J.: Existenzgründungsförderung für Arbeitslose – ..., a. a. O. und Baumgartner, H. J., Caliendo, M., Steiner, V., a. a. O.

¹⁰ Die Verbleibsquote im Monat x gibt den Anteil der nach x Monaten noch immer selbständigen Personen an einer Zugangskohorte in die geförderte Selbständigkeit an.

¹¹ Dies sind ehemals geförderte Personen, die ihre Selbständigkeit (z. B. zum ersten Befragungszeitpunkt) unterbrochen, anschließend aber wieder aufgenommen haben.

Tabelle 2

Anzahl der Mitarbeiter bei den Geförderten zu den beiden Befragungszeitpunkten¹

	Existenzgründungszuschuss				Überbrückungsgeld			
	West		Ost		West		Ost	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
1. Befragungszeitpunkt nach 16 Monaten								
Anteil an allen Geförderten in %	9,6	7,3	10,1	6,9	29,7	21,8	29,1	21,5
Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten	2,6	2,6	2,2	1,8	4,5	3,5	3,5	2,6
2. Befragungszeitpunkt nach 28 Monaten								
Anteil an allen Geförderten in %	13,3	9,1	8,6	9,3	31,8	25,0	30,3	21,9
Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten	2,4	2,9	1,8	1,3	4,5	3,7	3,6	2,3

1 Die Befragungen fanden im Januar/Februar 2005 und Januar/Februar 2006 statt. Es werden nur Gründungen mit mindestens einem Beschäftigten berücksichtigt.

Quelle: Caliendo et al., a. a. O., 219.

DIW Berlin 2007

ten Gründer/-innen beschäftigt werden (Tabelle 2). Während bei der Erstbefragung knapp 30 % der durch ÜG geförderten Männer (Frauen 22 %) bereits mindestens eine/n Mitarbeiter/in hatten, traf dies nur auf etwa ein Zehntel der durch den ExGZ geförderten Gründer zu (Frauen 7 %). Zum zweiten Befragungszeitpunkt ist in Ostdeutschland nochmals ein leichter Anstieg von Existenzgründer/-innen mit mindestens einem Mitarbeiter zu verzeichnen (Ausnahme sind die durch ExGZ geförderten Männer). Keine großen Veränderungen ergaben sich in Bezug auf die durchschnittliche Mitarbeiterzahl und die Mitarbeiterstruktur: Durch ÜG geförderte Existenzgründer beschäftigten zum zweiten Befragungszeitpunkt nach wie vor durchschnittlich deutlich mehr Mitarbeiter/-innen als die durch ExGZ geförderten Gründer. Erstere unterscheiden sich auch dadurch, dass sie überwiegend sozialversicherungspflichtige Voll- und Teilzeitkräfte beschäftigen, während durch ExGZ geförderte Gründer/-innen deutlich häufiger mit freiberuflichen Mitarbeitern und geringfügig Beschäftigten arbeiteten.

Maßnahmeneffekte

Da sich durch ÜG oder ExGZ geförderte Existenzgründer (Teilnehmer) von den nicht geförderten Arbeitslosen (Nichtteilnehmer) systematisch unterscheiden, muss die daraus resultierende potentielle Selektionsverzerrung bei der Evaluation des Maßnahmeerfolgs berücksichtigt werden. Zur Kontrolle einer potentiellen Selektionsverzerrung wird ein statistischer „Matching“-Ansatz verwendet, mit dem beobachtbare Unterschiede zwischen den Teilnehmern und Nichtteilnehmern kontrolliert werden können. Dabei wird jedem Teilnehmer ein Nichtteilnehmer zugeordnet, der diesem in allen beobachtbaren Merkmalen, die potentiell sowohl die individuelle Teilnahme an dem Programm als auch den Erfolg auf dem Arbeitsmarkt beeinflussen, statistisch möglichst ähnlich ist („statistischer Zwilling“).¹²

Drei Indikatoren zur Messung des Maßnahmeerfolgs sind nachfolgend von besonderem Interesse: die Vermeidung von Arbeitslosigkeit,¹³ die Integration in den ersten Arbeitsmarkt – sei es durch Selbständigkeit oder sozialversicherungspflichtige Beschäftigung – und die Einkommenseffekte der Maßnahmen.

Vermeidung von Arbeitslosigkeit – Integration in den ersten Arbeitsmarkt

Zum ersten Befragungszeitpunkt (16 Monate nach Förderungsbeginn) zeigte sich, dass durch den ExGZ geförderte Männer in Westdeutschland im Vergleich zu den Nichtteilnehmern eine um gut 35 Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit hatten, wieder arbeitslos zu sein (Tabelle 3). Bei den Frauen in Westdeutschland waren die Effekte etwas geringer (30 Prozentpunkte). Am größten waren die Effekte in den neuen Bundesländern (Männer: 39 Prozentpunkte, Frauen: 44 Prozentpunkte). Auch beim ÜG waren die Maßnahmeneffekte in den neuen Bundesländern deutlich höher als in den alten. Der größte Maßnahmeneffekt ergab sich hier mit gut 30 Prozentpunkten für Männer. Für Frauen in Westdeutschland hatte die Maßnahme die geringsten Effekte (22 Prozentpunkte).

Bezüglich der insgesamt niedrigeren Maßnahmeneffekte beim ÜG ist zu berücksichtigen, dass die Förderung bei diesem Programm schon seit mindestens zehn Monaten ausgelaufen war, während sie beim ExGZ in der Regel noch andauerte. Außerdem unterscheidet sich die Struktur der Geförderten zwischen den beiden Programmen, zum Beispiel in Bezug auf die Vermittlungsfähigkeit, systematisch,

¹² Vgl. Caliendo, M., Steiner, V., Baumgartner, H. J.: Existenzgründungsförderung ..., a. a. O., 78.

¹³ Folgeförderungen in anderen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen werden dabei als Misserfolg bewertet.

Tabelle 3

Effekte von Überbrückungsgeld und Existenzgründungszuschuss

In Prozentpunkten

	Existenzgründungszuschuss				Überbrückungsgeld			
	West		Ost		West		Ost	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Erfolgskriterium: „Nicht-Arbeitslosigkeit“								
nach 6 Monaten	54,2	52,8	56,1	59,8	44,2	44,3	51,2	45,4
nach 16 Monaten	35,1	30,6	38,8	44,3	24,3	21,9	30,8	26,5
nach 28 Monaten	27,6	19,9	30,3	34,9	19,8	17,8	23,9	21,2
Erfolgskriterium: „Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung oder Selbständigkeit“								
nach 6 Monaten	64,5	72,1	68,1	73,5	55,8	59,4	65,1	62,2
nach 16 Monaten	46,1	53,5	48,6	56,6	33,7	39,6	41,4	45,9
nach 28 Monaten	35,7	43,1	42,9	49,4	27,7	33,7	36,5	39,3

1 Die Maßnahmeneffekte geben die Differenz im jeweiligen Erfolgskriterium zwischen der Gruppe der Geförderten und der Kontrollgruppe an. Alle Effekte sind statistisch signifikant.

Quelle: Caliendo et al., a. a. O., 227.

DIW Berlin 2007

so dass ein direkter Vergleich der Effekte beider Programme nicht sinnvoll ist.

Sowohl beim ÜG als auch beim ExGZ nehmen die Maßnahmeneffekte im Vergleich zu den ersten Monaten nach Förderbeginn mit zunehmender Förderdauer deutlich ab.¹⁴ Zwischen den beiden Befragungszeitpunkten kommt es nochmals zu einem Rückgang, der aber deutlich geringer ist. Am stärksten ist der Rückgang des Maßnahmeneffekts für mit ExGZ geförderte Frauen in Westdeutschland; er beträgt für die Ergebnisvariable „Nicht-Arbeitslosigkeit“ über 10 Prozentpunkte. Beim ÜG ist der Rückgang der Maßnahmeneffekte in diesem Zeitraum bei den meisten Gruppen deutlich geringer als beim ExGZ.

Auch nach 28 Monaten sind beide Programme hinsichtlich der Vermeidung von Arbeitslosigkeit erfolgreich. Beim ExGZ ergeben sich Effekte zwischen knapp 20 Prozentpunkten (Frauen in Westdeutschland) und 35 Prozentpunkten (Frauen in Ostdeutschland), beim ÜG zwischen knapp 18 Prozentpunkten (Frauen in Westdeutschland) und 24 Prozentpunkten (Männer in Ostdeutschland). Der Rückgang der Effekte zwischen den beiden Befragungszeitpunkten ist aufgrund der unterschiedlichen Zeiträume des Auslaufens der Fördermaßnahmen beim ÜG deutlich geringer als beim ExGZ.

Hinsichtlich des Erfolgskriteriums „Selbständigkeit oder sozialversicherungspflichtige Beschäftigung“ ergeben sich für beide Programme auch nach 28 Monaten noch sehr hohe positive Maßnahmeneffekte. Diese variieren zwischen knapp 30 Prozentpunkten für durch ÜG geförderte Männer in Westdeutschland und 50 Prozentpunkten für durch ExGZ geförderte Frauen in Ostdeutschland. Die Maßnahmeneffekte liegen für alle betrachteten Gruppen deutlich über den Effekten des zuvor betrachteten Erfolgskriteriums

(Vermeidung von Arbeitslosigkeit). Dies deutet darauf hin, dass geförderten Existenzgründer/-innen offenbar auch in stärkerem Maße die Arbeitsmarktintegration durch die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gelingt.

Einkommenseffekte

Das dritte Erfolgskriterium der Existenzgründungsförderung von Arbeitslosen ist die Höhe des Erwerbseinkommens im Vergleich zur Kontrollgruppe. Die Teilnehmer/-innen an beiden Programmen erzielten 28 Monate nach Förderbeginn im Durchschnitt signifikant höhere Einkommen als die jeweiligen Kontrollgruppen (Tabelle 4).

So verdienen zum Beispiel durch den ExGZ geförderte Teilnehmer in Westdeutschland durchschnittlich 510 Euro mehr als die Personen in der Kontrollgruppe. Zu diesem Zeitpunkt beträgt die Förderung noch 240 Euro. Geht man davon aus, dass

14 Vgl. Abbildung 3 in Caliendo, M., Steiner, V., Baumgartner, H. J., a. a. O., 84.

Tabelle 4

Einkommenseffekte bei den Geförderten beider Programme
Monatlich in Euro

	West		Ost	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Existenzgründungszuschuss				
Differenz der Erwerbseinkommen ¹	510	243	640	321
Standardfehler	74	71	120	87
Überbrückungsgeld				
Differenz der Erwerbseinkommen ¹	924	648	651	777
Standardfehler	90	132	117	161

1 Gegenüber der Kontrollgruppe.

Quelle: Caliendo et al., a. a. O., 233.

DIW Berlin 2007

Kasten

Monetäre Effizienzanalyse

Die Berechnung der monetären Effizienz wird in den folgenden fünf Schritten durchgeführt:

1. Auf Basis der für das Erfolgskriterium „Vermeidung von Arbeitslosigkeit“ geschätzten Maßnahmeneffekte wird die (*hypothetische*) *Einsparung* an Arbeitslosigkeitsmonaten berechnet.
2. Für jede Person wird aus den Verwaltungsdaten der Bundesagentur für Arbeit (BA) die maximale Restanspruchsdauer vor Eintritt in die Maßnahme ermittelt. Diese wird berechnet als Differenz zwischen individueller Anspruchsdauer und der Zahl der Monate, die Arbeitslosengeld tatsächlich in Anspruch genommen wurde, wobei erstere über die in den Verwaltungsdaten der BA erfassten individuellen Zeiten in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in der jeweiligen Rahmenfrist nach §127 SGB III bestimmt wurde. Das Minimum aus der durchschnittlichen Einsparung in den Gruppen und der durchschnittlichen *Restanspruchsdauer* ergibt die für die weitere Analyse verwendete *durchschnittliche Einsparung* in Personenmonaten (ES*).
3. Die Einsparungen in Personenmonaten werden für jeden Teilnehmer mit dem individuellen Anspruch auf Arbeitslosengeld (einen Monat vor Maßnahmeeintritt) monetär bewertet. Die durchschnittlichen monatlichen Einsparungen ergeben sich aus dem Arbeitslosengeld und einem Aufschlag von 70 % für Sozialversicherungsbeiträge. Multipliziert mit den ermittelten Einsparungen in Monaten (ES*) ergeben sich die *Minderausgaben*.
4. Diesen Minderausgaben werden die durch die Maßnahme entstehenden *Zusatzkosten* gegenübergestellt. Beim ÜG werden Kosten in Höhe der individuellen Aufwendungen für Arbeitslosengeld zuzüglich eines 70 %-igen Aufschlags für Sozialversicherungsbeiträge für maximal sechs Monate angesetzt. Die effektive Inanspruchnahme der Fördermittel wird durch den tatsächlichen Verbleib in Selbständigkeit bestimmt. Beim ExGZ wird analog verfahren, wobei die monatlichen Kosten je nach Förderjahr (600/360/240 Euro pro Monat) bestimmt werden. Weitere Maßnahmekosten, wie zum Beispiel Verwaltungskosten, werden an dieser Stelle nicht berücksichtigt.
5. Die Differenz aus *Minderausgaben* und *Zusatzkosten* ergibt die *monetäre Effizienz*: Ein positiver (negativer) Wert bedeutet, dass die Einsparungen größer (geringer) als die für das jeweilige Programm entstandenen Kosten sind.

Bei der Beurteilung der so berechneten monetären Effizienz eines Programms ist zu berücksichtigen, dass sich diese nur auf den Beobachtungszeitraum der Untersuchung bezieht und die berücksichtigten Kosten und Einsparungen auf die Bundesagentur für Arbeit beschränkt sind. Weitere Kosten oder Einsparungen, die das Arbeitslosengeld II (ALG II), die Sozialhilfe oder andere Transferleistungen betreffen, konnten nicht berücksichtigt werden. Dies liegt vor allem daran, dass die Daten keine ausreichenden Informationen zum Haushaltseinkommen und andere Angaben enthalten, die zur Berechnung eines Anspruchs auf ALG II oder Sozialhilfe erforderlich sind.

dieser Förderbetrag als Einkommen aus selbständiger Tätigkeit angegeben wird, so sind die darüber hinausgehenden Einkommenseffekte für Frauen sehr gering. Für die Männer ergeben sich hingegen deutlich positive Einkommenseffekte, die mit monatlich etwa 640 Euro in den neuen Bundesländern höher als in Westdeutschland liegen.

Da beim ÜG die Förderung zum Befragungszeitpunkt schon lange ausgelaufen war, sind die geschätzten Einkommenseffekte ohne die beim ExGZ getroffene Einschränkung interpretierbar. Hier hat sich die Einkommenssituation durch das ÜG am stärksten bei den Männern in Westdeutschland verbessert: Diese erzielten monatlich ein um über

920 Euro höheres Erwerbseinkommen als die Kontrollgruppe. Aber auch ehemals durch ÜG geförderte Männer in Ostdeutschland sowie Frauen insgesamt verdienten 28 Monate nach Förderbeginn deutlich mehr als die jeweilige Kontrollgruppe.

Monetäre Effizienz

Die monetäre Effizienzanalyse bezieht auch die mit der Existenzgründungsförderung verbundenen monetären Kosten und durch die Maßnahmeneffekte induzierte Einsparungen für die Bundesagentur für Arbeit in die Betrachtung ein (Kasten). Dabei wird davon ausgegangen, dass nach Beendigung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld der Bundesagentur

Tabelle 5

Monetäre Effizienz der beiden Förderprogramme

	Existenzgründungszuschuss				Überbrückungsgeld			
	West		Ost		West		Ost	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
In Monaten								
Kumulierter Maßnahmeneffekt	11,41	10,26	11,77	13,87	8,77	8,29	10,51	9,77
Restanspruchsdauer	4,94	5,22	5,66	4,38	7,41	6,68	6,98	6,17
In Euro								
Arbeitslosengeld pro Monat	699	528	663	483	1 179	892	859	729
Programmkosten insgesamt	11 317	11 580	11 735	11 700	11 979	9 030	8 698	7 413
Monetäre Effizienz	-5 436	-6 898	-5 357	-8 101	2 882	1 095	1 497	244

Quelle: Callendo et al., a. a. O., 249.

DIW Berlin 2007

für Arbeit keine weiteren Kosten entstehen. Nicht berücksichtigt werden auch weitere potentiell positive Effekte, wie zum Beispiel die Beschäftigung zusätzlicher Mitarbeiter.

Durch ÜG geförderte Personen haben durchgängig einen höheren Anspruch auf Arbeitslosengeld als durch ExGZ geförderte (Tabelle 5). Dieser liegt für Männer über dem für Frauen und ist in Westdeutschland größer als in Ostdeutschland. Da die errechneten Restanspruchsdauern in den einzelnen Gruppen immer kleiner als die kumulierten Effekte der Maßnahmen sind, wurde für die weitere Analyse die jeweilige Restanspruchsdauer verwendet. Da diese insbesondere bei den durch ExGZ geförderten Personen relativ klein ist, hier zudem die durchschnittliche Höhe des Arbeitslosengeldes teilweise niedriger als der ExGZ im ersten Jahr ist, und die Programmkosten relativ hoch sind, ist die berechnete monetäre Effizienz für den ExGZ negativ: Sie liegt für Männer bei rund -5 500 Euro, für die Frauen bei knapp -6 900 Euro in Westdeutschland und -8 100 Euro in Ostdeutschland. Eine Durchschnittsbetrachtung über die bisherige Förderdauer ergibt allerdings eine deutlich geringere Belastung, die zum Beispiel für Männer in Westdeutschland monatlich 200 Euro beträgt. Im Vergleich zu den Kosten vieler anderer Programme der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Deutschland ist dies wenig.¹⁵

Beim ÜG ist hingegen die errechnete monetäre Effizienz für alle betrachteten Gruppen positiv: Sie liegt in Westdeutschland bei etwa 2 900 Euro für Männer und 1 100 Euro für Frauen, im Osten bei etwa 1 500 Euro für Männer und 240 Euro für Frauen.

Zusammenfassende Bewertung

Die präsentierten neuen Evaluationsergebnisse zu den Effekten von ÜG und ExGZ haben gezeigt, dass beide Programme erfolgreich sind. Beim ÜG basieren die Evaluationsergebnisse auf einem Zeitraum

von fast zwei Jahren nach Ablauf der Förderung, beim ExGZ dauert die Förderung teilweise zwar noch an, beträgt aber im dritten Jahr monatlich nur mehr 240 Euro. Auch 28 Monate nach Förderbeginn betragen die durchschnittlichen Verbleibsquoten in Selbständigkeit beim ExGZ für alle betrachteten Gruppen noch immer gut 70 % und sind – ähnlich wie beim ÜG – gegenüber der Erstbefragung vor zwölf Monaten nur geringfügig gesunken. Darüber hinaus hat ein zunehmender Teil der geförderten Existenzgründer eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufgenommen. Die durch ÜG oder ExGZ geförderten Existenzgründer/-innen haben im Vergleich zu den nicht Geförderten sowohl in den alten als auch den neuen Bundesländern eine deutlich geringere Wahrscheinlichkeit längerfristig wieder arbeitslos zu werden. Sie sind zudem deutlich häufiger selbständig oder in regulärer abhängiger Beschäftigung tätig und verfügen über ein höheres Erwerbseinkommen als die Kontrollgruppe. Auch die monetäre Effizienz der beiden Programme ist zumindest beim ÜG aus Sicht der Bundesagentur deutlich positiv. Die monatlichen Nettokosten des ExGZ sind im Betrag eher moderat und im Vergleich zu anderen Programmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Deutschland eher günstig.

Die bereits in diesem Jahr erfolgte Abschaffung des ExGZ bzw. die Zusammenlegung mit dem ÜG erscheint vor dem Hintergrund der hier präsentierten Evaluationsergebnisse fragwürdig. Zum einen waren die beiden Programme auf sehr unterschiedliche Personengruppen ausgerichtet. Hinsichtlich des ExGZ weisen die ermittelten Effekte (die als Annäherung an die Effekte nach Auslaufen der Förderung dienen können) nicht darauf hin, dass das Programm erfolglos war und hier größerer Handlungsbedarf bestanden hätte. Die monetäre Effizienz ist zwar negativ, bezogen auf die monatlichen Kosten aber eher moderat. Beim Überbrückungsgeld waren die Ver-

¹⁵ Vgl. Callendo, M., Steiner, V.: Aktive Arbeitsmarktpolitik in Deutschland, a. a. O.

bleibsquoten in Selbständigkeit auch längerfristig sehr hoch und die Maßnahmeneffekte im Vergleich zur Kontrollgruppe eindeutig positiv. Es bestand daher kein Grund, die Anspruchsdauer zu verlängern beziehungsweise die kumulierte Fördersumme zu erhöhen, wie dies beim neuen Gründungszuschuss im Vergleich zum ÜG der Fall ist. Diese Veränderung hat möglicherweise nur Mitnahmeeffekte zur

Folge. Inwieweit dies durch einen möglichen größeren Erfolg der bisher durch ÜG geförderten Existenzgründer/-innen kompensiert wird, ist unklar. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass sich durch den Gründungszuschuss die Effektivität und monetäre Effizienz der Gründungsförderung von Arbeitslosen gegenüber den bisher existierenden Förderinstrumenten verschlechtern wird.

Weekly Report DIW Berlin

No. 4/2006

Ingo Pfeiffer and Reiner Stäglich

Statistical Response Burden of Companies: Cutting Back Obligation to Report Cannot Contribute Much to Reduction of Bureaucracy

The official statistics are often on the agenda when discussions about the burden of economic agents due to „bureaucracy“ take place. They are often considered to be an example of unnecessary but time-consuming demand on companies by the government. A study of the German Institute for Economic Research commissioned by the Federal Ministry of Economics and Technology depicts that, with its 230 million Euro per year, the burden of companies due to official statistics is substantially smaller than often claimed. Other legal obligations to respond and to report, such as in personal management, take up much more time. This study, based on information from about 75,000 companies, rectifies previous substantially higher cost estimations of other institutes. A result from this finding: a quick and widely noticeable success in reducing bureaucratic burden cannot be achieved, even with a drastic cutback of surveys from Statistical Offices. [...]

Die Volltextversionen der Weekly Reports liegen als PDF-Dateien vor und können auf der entsprechenden Website des DIW Berlin bestellt werden (www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/weeklyreport/index.html).

The full text version of the Weekly Reports is available in PDF format and can be ordered from the DIW Berlin website (www.diw.de/english/produkte/publikationen/weeklyreport/index.html).

Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin

Silke Anger and Michael Kvasnicka

Biases in Estimates of the Smoking Wage Penalty

Empirical studies on the earnings effects of tobacco use have found significant wage penalties attached to smoking. We produce evidence that suggests that these estimates are significantly upward biased. The bias arises from a general failure in the literature to control for the past smoking behaviour of individuals. 2SLS earnings estimates show that the smoking wage penalty is reduced by as much as a third, if past smoking of individuals is controlled for. Our results also point to significant wage gains for individuals that quit smoking, a finding that is of substantial interest, given the lack of evidence on the earnings effects of smoking cessation.

Discussion Paper No. 654

December 2006

Silke Anger and Guido Heineck

Cognitive Abilities and Labour Market Outcomes

We contribute to the literature on the relationship between cognitive abilities and labour market outcomes providing first evidence for Germany. In particular, cross-sectional data from the German Socio-Economic Panel (SOEP) are used, which include two measures of cognitive ability, one test of fluid mechanics (speed test) and another test of crystallised pragmatics (word fluency test). We find a positive relationship between cognitive abilities and economic activity, as workers with high ability test scores are less likely to be unemployed. In addition, results from Mincer-type OLS and 2SLS regressions suggest that mechanics abilities are correlated with wages in a significantly positive way for West German workers, even when educational attainment is controlled for, whereas pragmatics of cognition do not affect earnings significantly. However, we also find that ability and education are inseparable determinants of earnings, which confirms findings of recent studies for other countries.

Discussion Paper No. 655

December 2006

Amelie Constant, Martin Kahanec and Klaus F. Zimmermann

The Russian-Ukrainian Political Divide

The Orange Revolution unveiled significant political and economic tensions between ethnic Russians and Ukrainians in Ukraine. Whether this divide was caused by purely ethnic differences or by ethnically segregated reform preferences is unknown. Analysis using unique micro data collected prior to the revolution finds that voting preferences for the forces of the forthcoming Orange Revolution were strongly driven by preferences for political and economic reforms, but were also independently significantly affected by ethnicity; namely language and nationality. Russian speakers, as opposed to Ukrainian speakers, were significantly less likely to vote for the Orange Revolution, and nationality had similar effects.

Discussion Paper No. 656

December 2006

Laura Zimmermann, Klaus F. Zimmermann and Amelie Constant

Ethnic Self-Identification of First-Generation Immigrants

This paper uses the concept of ethnic self-identification of immigrants in a twodimensional framework. It acknowledges the fact that attachments to the home and the host country are not necessarily mutually exclusive. There are three possible paths of adjustment from separation at entry, namely the transitions to assimilation, integration and marginalization. We analyze the determinants of ethnic selfidentification in this process using samples of first-generation immigrants for males and females separately, and controlling for pre- and post-migration characteristics. We find strong gender differences and the unimportance of a wide range of premigration characteristics like religion and education at home.

Discussion Paper No. 657

December 2006

Holger Bonin, Amelie Constant, Konstantinos Tatsiramos and Klaus F. Zimmermann

Ethnic Persistence, Assimilation and Risk Proclivity

The paper investigates the role of social norms as a determinant of individual attitudes by analyzing risk proclivity reported by immigrants and natives in a unique representative German survey. We employ factor analysis to construct measures of immigrants' ethnic persistence and assimilation. The estimated effect of these measures on risk proclivity suggests that adaptation to the attitudes of the majority population closes the immigrant-native gap in risk proclivity, while stronger commitment to the home country preserves it. As risk attitudes are behaviourally relevant, and vary by ethnic origin, our results could also help explain differences in economic assimilation of immigrants.

Discussion Paper No. 658

December 2006

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen als PDF-Dateien vor und können von den entsprechenden Webseiten des DIW Berlin heruntergeladen werden (www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/index.html).

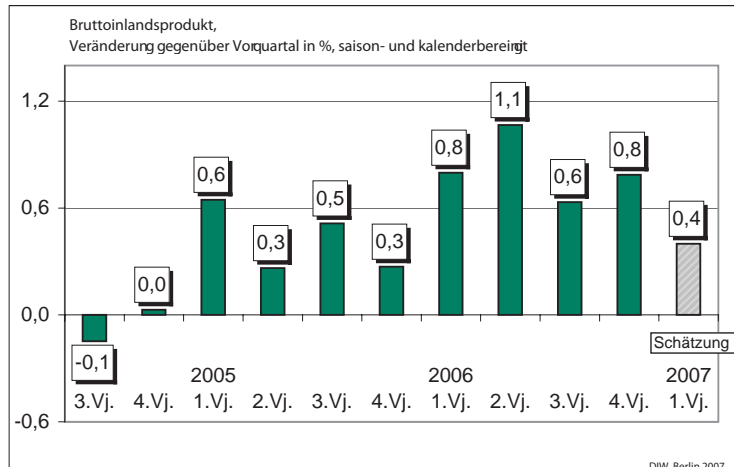
The full text versions of the Discussion Papers are available in PDF format and can be downloaded from the DIW Berlin website (www.diw.de/english/produkte/publikationen/index.html).

Das DIW-Konjunkturbarometer

Stand: 12. Januar 2007

Gedämpfte Expansion im ersten Quartal

Nachdem sich das saison- und kalenderbereinigte Wirtschaftswachstum im Schlussquartal des Vorjahres noch einmal auf 0,8 % beschleunigt hatte, zeigt das DIW-Konjunkturbarometer für das laufende Quartal mit einer Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von knapp 0,4 % eine gedämpfte Fortsetzung der Expansion an. Das unerwartet kräftige Wachstum im Vorquartal deutet darauf hin, dass ein größerer Teil der mehrwertsteuerbedingten Vorzieheffekte in diesem Zeitraum produktionswirksam geworden ist, als noch im Dezember vermutet wurde. Im laufenden Quartal wird das Wachstum abermals von einer robusten Industriekonjunktur getragen. Demgegenüber ist im Baugewerbe mit einem leichten Rückgang zu rechnen. Während Finanz- und Unternehmensdienstleistungen überdurchschnittlich zum Wachstum beitragen, dürften sich öffentliche und private Dienstleistungen schwächer entwickeln. Darüber hinaus ist zu erwarten, dass die Mehrwertsteuererhöhung sowie die nunmehr fehlenden vorgezogenen Käufe deutliche Spuren im Handel hinterlassen werden. Alles in allem wird die konjunkturelle Entwicklung zwar von den Auswirkungen der Finanzpolitik belastet, ein Abbruch des gegenwärtigen Aufschwungs ist jedoch derzeit nicht in Sicht.



Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung stellt monatlich das DIW-Konjunkturbarometer vor. Das DIW-Konjunkturbarometer ist ein Indikator der aktuellen Konjunkturtendenz in Deutschland. Es zeigt die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts und stellt damit die gesamtwirtschaftliche Entwicklung dar. Das DIW-Konjunkturbarometer liefert eine Schätzung für das reale Bruttoinlandsprodukt des jeweils abgelaufenen Quartals beziehungsweise des laufenden Quartals. Es gibt damit immer einen aktuellen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung, da zu diesem Zeitpunkt noch keine offiziellen Daten des Statistischen Bundesamtes vorliegen. Die Berechnung des DIW-Konjunkturbarometers stützt sich dabei auf Indikatoren wie Produktion und Umsatz in wichtigen Bereichen der Wirtschaft. Sie wird mithilfe eines ökonometrischen Ansatzes durchgeführt. Neben der aktuellen Schätzung (der graue Balken in der Abbildung) enthält das DIW-Konjunkturbarometer eine Erörterung der aktuellen maßgeblichen Einflüsse auf die Konjunktur.

Das DIW-Konjunkturbarometer wird regelmäßig auf der Homepage des DIW Berlin veröffentlicht (www.diw.de/deutsch/produkte/konjunkturbarometer).

Impressum

DIW Berlin
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Axel Werwatz, Ph. D.
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
Dr. Elke Holst
Manfred Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 – 198888, 12 Cent/min.

Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,– (jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Konzept und Gestaltung
kognito, Berlin

Satz
eScriptum, Berlin

Druck
Walter Grützmaier GmbH & Co. KG, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Stabsabteilung Information und Organisation des DIW Berlin (kundenservice@diw.de) zulässig.